

„In unserer Hand – strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“



POSITIONEN UND IMPULSE DER
AM DIALOG „NACHHALTIGE STADT“
BETEILIGTEN OBERBÜRGERMEISTERINNEN
UND OBERÜRGERMEISTER

unterstützt durch den



Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung





„In unserer Hand – strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen“

INHALT

1. Der Dialog „Nachhaltige Stadt“	3
2. Warum wir uns melden	4
3. Wo wir stehen	6
4. In unserer Hand – strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen	8
1. Nachhaltigkeit kommunal verankern	8
2. Nachhaltigkeit zum Gemeinschaftswerk machen	12
3. Kommunen als Akteure und Partner nachhaltiger Entwicklung stärken und Handlungsspielräume erweitern	15





1. Der Dialog „Nachhaltige Stadt“

Auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung treffen wir – Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister aus über 30 Städten – uns regelmäßig zu einem Dialog über strategische Fragen der „Nachhaltigen Stadt“.

Das bundesweite Verfehlen von Nachhaltigkeitszielen, insbesondere zum Klimaschutz und zur Biodiversität, ruft auch uns auf den Plan. Ein sozial verträgliches Wohnraumangebot in guter Umweltqualität, die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, Aktionen gegen die Plastikfluten, die Gleichberechtigung der Geschlechter, nachhaltiges Bauen und nachhaltige Mobilität, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und nachhaltige Finanzen – das sind Herausforderungen auch und insbesondere für die Kommunen.

Wir sind mit unseren Stadtgesellschaften schon jetzt Vorreiter nachhaltiger Entwicklung auf kommunaler Ebene. Viele von uns haben sich im Wettbewerb um den Deutschen Nachhaltigkeitspreis für Städte und in anderen Wettbewerben durchgesetzt. Im Dialog „Nachhaltige Stadt“ tauschen wir unsere Erfahrungen über Aktionen und Hemmnisse aus und diskutieren, wie die kommunale Nachhaltigkeitspolitik mehr Profil und Gewicht in der Bundespolitik erlangen kann.

Die strategischen Eckpunkte haben wir erstmals 2010 erarbeitet. Sie haben sich als ein wichtiger Impuls für die kommunale Nachhaltigkeitspolitik und die nachhaltige Stadtentwicklung erwiesen. Heute legen wir sie neu und überarbeitet vor.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung ermöglicht den Dialogprozess, wofür wir herzlich danken.



2. Warum wir uns melden

Wir bekennen uns zum Ziel der Klimaneutralität und zur Einhaltung des Ziels, die weltweite Erwärmung der Atmosphäre bei 1,5 °C zu stoppen. Wir bekennen uns zur Agenda 2030 und zu ihren globalen Nachhaltigkeitszielen (SDG) sowie zu den für Deutschland festgelegten Nachhaltigkeitszielen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Wir wollen für unsere Stadtgemeinschaften langfristig sozial, ökologisch und ökonomisch tragfähige Lösungen finden, die ein würdevolles Leben für alle in den Grenzen unserer natürlichen Lebensgrundlagen erlauben.

Wir unterstützen die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie der Bund und die Länder vereinbart haben¹, und richten unser kommunalpolitisches Handeln danach aus.

Wir sind uns der Konflikte bewusst, welche die Ziele nachhaltiger Entwicklung schon alleine deshalb mit sich bringen, weil sie untereinander nicht ohne Widerspruch sind. So können sogar innerhalb der ökologischen Ziele widerstreitende Interessen, etwa zwischen dem Ausbau erneuerbarer Energien und dem Naturschutz, auftreten. Die Notwendigkeit bezahlbaren Wohnraums darf nicht gegen die Notwendigkeit der Klimaneutralität und des Ressourcenschutzes ausgespielt werden. Wir brauchen eine sorgfältige Auseinandersetzung in der Sache, um die besten Lösungen zu finden. Das ist Ausdruck einer offenen und lebendigen Demokratie. Im Sinne nachhaltiger Entwicklung heißt das, alle Sichtweisen zu hören, Überzeugungsarbeit zu leisten, Mehrheiten zu gewinnen, Einzelinteressen zu einem ganzheitlichen Konzept zusammenzubringen und Kompromisse einzugehen. Wir wollen uns nicht nur daran messen lassen, ob wir die Ziele erreicht haben, sondern auch an der Art und Weise, wie sie erreicht wurden. Wir wollen, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger die Gelegenheit und Chance zum Mitmachen und zur eigenverantwortlichen Mitgestaltung haben.

¹ Bundesregierung 2019: „Gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung - in Verantwortung für eine gute Zukunft in Deutschland, Europa und der Welt“ vom 6. Juni 2019; <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1635198/256e-9d0626cee951d31db3b99e1d75a0/2019-06-06-pm-erklarung-bund-laender-data.pdf?download=1>



Es gibt keine Blaupausen und keine einfachen Erfolgsrezepte zur nachhaltigen Entwicklung. Aber es ist gewiss, dass es ohne das glaubwürdige Beispiel, ohne mitreißendes Engagement und ohne eine beharrliche Initiative der politischen Führung nicht geht. Im Sinne der Agenda 2030 heißt das, Verantwortung für das Ganze zu übernehmen und soziale, ökologische und ökonomische Interessen gleichrangig in den Blick zu nehmen. Der Weg heißt Nachhaltigkeit.

Wir laden Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, alle politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit ein, unsere Eckpunkte zu unterstützen.

Die Neuauflage der strategischen Eckpunkte gibt der Bundesregierung und allen beteiligten Akteuren Impulse zur Fortschreibung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020. Wir fordern mehr Beachtung für die kommunalpolitische Dimension der Nachhaltigkeitsstrategie. Die Förderung von guten und hilfreichen Initiativen in Städten und Gemeinden, in den Regionen und im ländlichen Raum ist so zu verstetigen, dass aus Projekten Strukturen und Prinzipien werden können.



3. Wo wir stehen

Eine an den international gültigen Nachhaltigkeits- und Klimazielen orientierte Stadtentwicklung erfordert grundlegende Veränderungen. Wir begegnen dem zunehmenden Verkehrsaufkommen, dem Druck auf die Wohnungsmärkte sowie den zunehmenden Hitze- und Starkregenereignissen mit neuen städtebaulichen Strategien, um Ressourcen zu schonen, nachhaltige Mobilität zu fördern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Das erfordert neue Formen der Beteiligung und Teilhabe, neue Techniken wie auch die Rückbesinnung auf gute Formen und Qualitäten.

Eine junge Protestbewegung wendet sich weltweit gegen das klimapolitische Zögern und das Liegenlassen von Chancen. Zahlreiche Städte haben bereits einen Klimanotstand ausgerufen. Auch Städte, die auf diesen plakativen Schritt verzichten, entwickeln Klimaschutzstrategien oder prüfen Drucksachen im Hinblick auf die Klimawirkungen. Wir brauchen dringend bessere Rahmenbedingungen, um dem Klimawandel und seinen Folgen heute und in Zukunft aktiv begegnen zu können.

Der Ruf nach mehr Nachhaltigkeit ist nicht zu überhören und wird von zahlreichen Stadtwerken und Kommunalunternehmen, an Schulen und Kultureinrichtungen, in Vereinen und Verbänden sowie von der örtlichen Wirtschaft geteilt. Unsere politische Verantwortung geht dabei weit über die Krisen- und Konfliktbewältigung hinaus. Nachhaltigkeit ist eine große kommunalpolitische Gestaltungsaufgabe. Denn unsere Städte werden anders aussehen, als wir heute gewohnt sind, wenn wir die Klimaneutralität erreichen, nachhaltig und sozial gerecht bauen und emissionsfrei mobil sein wollen. Wir wollen den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Welt übergeben, in der sie würdevoll leben können. Auch wenn demokratische Aushandlungsprozesse mitunter lang sind, wollen wir die Zeit dafür aufbringen, nachhaltige Entwicklung ins Zentrum politischer Entscheidungen zu stellen.



Unsere Städte sind weltoffen und von der Kultur der Wertschätzung und Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt geprägt. Die internationale Migration und die damit verbundenen Herausforderungen lokaler Integration werden uns auch weiterhin beschäftigen. Wir ermöglichen allen Menschen in unseren Städten, unabhängig von Geschlecht, Religion oder Hautfarbe, ein sicheres und würdevolles Leben mit einer starken Daseinsvorsorge. Sicherheit heißt für uns auch, dass wir entschieden und ohne Rücksicht auf Herkunft und Hintergrund unsere Grundwerte schützen und die öffentliche Sicherheit für alle durchsetzen.

Wir arbeiten weiter daran, dass unsere Städte zu Impulsgebern nachhaltiger Entwicklung werden, respektive, dass unsere Impulse noch verstärkt werden. Das erfordert auch, die regionale Zusammenarbeit weiter zu stärken.



4. In unserer Hand – strategische Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen

1. Nachhaltigkeit kommunal verankern

Noch ist Nachhaltigkeit nicht hinreichend als kommunale Aufgabe anerkannt. Folglich ist häufig die Absicherung in den kommunalen Haushalten unzureichend.

Wir sprechen uns dafür aus, Nachhaltigkeit in alle Leistungsbereiche zu integrieren, damit Nachhaltigkeitsaspekte aufgabenübergreifend mitgedacht und finanziert werden. Die Voraussetzungen hat der Gesetzgeber zu schaffen. Vorbild und Impulse für Möglichkeitsräume nachhaltiger Entwicklung liefern unsere Kommunen jetzt schon.

Nachhaltigkeit ist Chefinnen- bzw. Chefsache

Nachhaltigkeit ist für uns Chefinnen- bzw. Chefsache. Denn Nachhaltigkeit braucht klare Entscheidungen, sowohl für Nachhaltigkeitsziele als auch bei Konflikten zwischen gleichrangigen Zielen oder im Hinblick auf das Setzen von Prioritäten.

In unserer politischen Verantwortung für die nachhaltige Entwicklung verwirklichen wir den Gedanken der Führungsverantwortung. Wir sichern eine möglichst kohärente Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele in unseren Kommunen. Wir setzen uns dafür ein, die Aufmerksamkeit für und die Bedeutung des Themas Nachhaltigkeit in unseren Räten zu



stärken, indem wir regelmäßig über Fortschritte und Defizite berichten. Nachhaltigkeitsprüfungen von Ratsvorlagen, Nachhaltigkeitsberichte oder die Verknüpfung des doppischen Haushalts² mit den Nachhaltigkeitszielen können sinnvolle Instrumente sein, Nachhaltigkeit noch stärker als bisher in politische Diskussionen zu bringen und in Beschlüssen zu verankern.

Mit Impulsen stärken wir die Nachhaltigkeit in unserer kommunalen Politik, unserer Verwaltung, der lokalen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. Wir hören zu und geben den gesellschaftlichen Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung Raum und Bedeutung. Impulse und Initiativen aus Schulen, Unternehmen und Kommunalbetrieben, Stadtteilen, Sportvereinen, weiteren Akteuren der Zivilgesellschaft und der eigenen Verwaltung sind für uns zentrale Ressourcen und Ansporn, um dem Anliegen nachhaltiger Entwicklung noch mehr Kraft zu verleihen. Wir übernehmen die Verantwortung für das Ganze, gehen voran und stärken das beispielgebende Handeln unserer Kommunen.

Nachhaltigkeit zur kommunalen Querschnittsaufgabe machen

Der Blick auf das Morgen verlangt ein Denken, das die Ressortaufgaben zur Ökologie, zu Sozialem, zur Wirtschaft und zur Kultur in einer zukunftstauglichen Vision zusammenbringt. Unser Ziel ist es, Programme querschnittsorientiert und ressortübergreifend im fachlichen Austausch und ausgerichtet am Leitbild der Nachhaltigkeit zu erarbeiten.

Im administrativen Alltag der städtischen Leistungen und Aufgaben wollen wir Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe verstehen und umsetzen. Wir setzen uns für einen intensiven Austausch zwischen und innerhalb der Verwaltungsebenen sowie mit den politischen Gremien und Stakeholder-Gruppen ein.

2 Doppik: ein auf doppelte Buchführung basierendes Rechnungssystem in Kommunen.



Nachhaltigkeit braucht bessere Strukturen

Als politische Spitze tragen wir eine besondere Verantwortung für die zukunftsfähige Entwicklung unserer Städte. Dafür müssen wir heute die Grundlagen legen. Wir schaffen sichtbare sowie stabile Strukturen und Abläufe in der Verwaltung, um das Anliegen dauerhaft in unseren Kommunen zu verankern. Dafür stellen wir, je nach lokaler Situation, die notwendigen finanziellen und personellen Kapazitäten zur Verfügung. Wir fordern Bund und Länder auf, ihrerseits Fördermittel bereitzustellen, die die Grenzen der Projektförderung überschreiten und dabei helfen, Strukturen, auch in personeller Sicht, aufzubauen. Schon heute ist der bürokratische Aufwand für die Beantragung von Projektmitteln oftmals unangemessen hoch und vereitelt mitunter die Beantragung.

Wir sorgen dafür, dass die Verwaltungsleistungen für Nachhaltigkeit und die personellen Verantwortlichkeiten innerhalb unseres Verantwortungsbereiches klar erkennbar sind. Eine sinnvolle Möglichkeit sehen wir in der Bestellung eines/einer Nachhaltigkeitsbeauftragten oder der Einrichtung einer strategischen Steuerungsgruppe. Sie koordinieren die Nachhaltigkeitsaktivitäten der Verwaltung und des Rates, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und Wirtschaft. Mit der Benennung von jeweils zuständigen Personen in den einzelnen Ressorts kann die politische Umsetzung von Strategien und Maßnahmen in und durch die jeweiligen Zuständigkeitsbereiche wirksam gestaltet werden. Dabei spielt der enge fachliche Austausch zwischen und innerhalb der Verwaltungsebenen sowie mit den politischen Gremien eine zentrale Rolle. Das bedeutet auch, die Wissens- und Gestaltungskompetenz der für das Thema zuständigen Mitarbeitenden aktiv zu fördern und in die Stadtöffentlichkeit zu bringen.



Nachhaltigkeit braucht Willen und Kompetenz

In unseren Städten entwickeln wir konkrete Leitbilder, Strategien und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung. Mit kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien schaffen wir Transparenz und entwickeln geeignete Instrumente für eine systematische Berücksichtigung der unterschiedlichen Nachhaltigkeitsziele vor Ort. Diese erarbeiten wir querschnittsorientiert und ressortübergreifend im fachlichen Austausch. Unsere stadtbezogenen Ziele unterlegen wir mit geeigneten Indikatoren (den Messgrößen). Im Rahmen eines auf Dauer angelegten Monitorings machen wir das Erreichen unserer Ziele sichtbar und zeigen in nachvollziehbaren Abstimmungsprozessen, wo nachgesteuert werden muss. Die Aufnahme von Nachhaltigkeitszielen in die Haushaltsplanung ist ein wichtiger Beitrag zur zukunftsorientierten Steuerung der Kommune.

Wir werden die Daseinsvorsorge stärker als bisher an den Zielen nachhaltiger Entwicklung ausrichten. Eigenbetriebe, Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen sollen sich ebenfalls am Leitbild der Nachhaltigkeit orientieren und beispielsweise durch die Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex ihre Nachhaltigkeitsleistungen transparent machen.

Eine nachhaltige Kommunalverwaltung schaffen

Wir begrüßen es, dass die Bundesverwaltung bis 2030 klimaneutral sein soll. Gemeinsam mit unseren Mitarbeitenden wollen wir dieses Ziel einer nachhaltigen und klimaneutralen Verwaltung ebenfalls erreichen.

Schwerpunkte einer nachhaltigen Verwaltung können in den Bereichen Beschaffung, Fortbildungsangebote, Klimaschutz, betriebliche Mobilität, Gesundheitsmanagement und Gebäudemanagement liegen. Wir nutzen die geschaffenen rechtlichen Möglichkeiten für eine an Nachhaltigkeitskriterien orientierte Beschaffung sowie das Angebot an Beratung, z. B. durch die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung



(KNB) des BMI-Beschaffungsamtes, so weit wie möglich aus. Wir kommunizieren die Erfolge nachhaltiger Entwicklung, werden aber ebenso offen Fehlstellen und Nachholbedarfe ansprechen: in unseren Städten, beim Land und in der Bundespolitik sowie in den kommunalpolitischen Verbänden.

Wir fordern Bund und Länder auf, das Gespräch mit den kommunalen Spitzen und Spitzenverbänden zu intensivieren, damit die Klimaneutralität der Verwaltungen auch alltagsfähig umgesetzt wird.

2. Nachhaltigkeit zum Gemeinschaftswerk machen

Auf allen Ebenen stärken

Strukturen zu schaffen, die nachhaltigkeitsorientiertes Handeln nahelegen, ist Aufgabe der Politik. Dennoch kann nachhaltige Entwicklung nicht zuvorderst und schon gar nicht ausschließlich „von oben“ verordnet werden. Sie darf auch nicht von Minderheiten gegen die demokratisch verfasste Meinungsbildung erzwungen werden.

Vielmehr muss sie auf allen Ebenen gelebt werden. Erreichbar ist sie nur mit dem Engagement vieler Menschen in der Nachbarschaft, an Schulen, in Unternehmen, Sportvereinen, Kirchen und religiösen Einrichtungen sowie Kultureinrichtungen. Wir vertrauen auf die Kenntnisse, Erfahrungen und Ideen der Menschen in unseren Städten. Umgekehrt ermöglichen wir politische Teilhabe unabhängig vom Bildungshintergrund der Menschen, von ihrer Herkunft oder ihrer sozialen und wirtschaftlichen Situation. Indem wir zeigen, dass dieses Wissen in unsere Entscheidungen einfließt, schaffen wir Vertrauen. Wir verankern Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) systematisch und übergreifend in unseren Kommunen und allen Bildungsbereichen, um die Kompetenzen, das Wissen und das Engagement für eine nachhaltige Entwicklung unserer Bürgerinnen und Bürger weiter zu stärken.



Wir stehen für den offenen und wirksamen Dialog und ermöglichen Teilhabe

Wir sprechen uns für offene, transparente und wirksame Dialogprozesse über wichtige Vorhaben und Investitionen aus. Eine echte Beteiligung fordert auch von der Öffentlichkeit Engagement. Wir ermöglichen Beteiligung deshalb nicht nur, sondern fordern die Mitwirkung, Teilhabe und Verantwortungsübernahme auch ein. Wir entwickeln gemeinsam mit der Bevölkerung, den vor Ort tätigen Unternehmen und Verbänden sowie Wissenschaft, Politik und Verwaltung die Zukunftsbilder unserer Stadt. Damit geben wir politischen Entscheidungen mit langfristigen Auswirkungen einen verlässlichen Rahmen und schaffen gemeinsame Identifikation. Wir sehen die neuen digitalen Möglichkeiten als Chance, die Teilhabe und Mitwirkung an der Gestaltung unserer Städte sowie die Transparenz und Offenheit kommunalen Handelns weiter zu verbessern. Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit unterstützen und ermöglichen.

Partizipation und Dialog sind auch Grundpfeiler für das Zusammenwirken mit dem Gewerbe, dem Handel und der Wirtschaft. Die Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften wollen wir zusammen mit den Unternehmen weiterentwickeln. Wir beziehen die in unseren Städten ansässigen Kammern, Unternehmensvereinigungen, -verbände sowie einzelne Unternehmen verstärkt in den Nachhaltigkeitsprozess ein. Wir unterstützen die breite Anwendung des Deutschen Nachhaltigkeitskodex.



Nachhaltige Lebensstile fördern

Die ehrgeizigen Ziele, die sich die Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt haben, erfordern neben Effizienzmaßnahmen auch eine Veränderung des gesellschaftlichen Bewusstseins und des Handelns jedes einzelnen Menschen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, solches Verhalten zu fördern, das Energie spart, weniger Müll produziert, nachhaltig mobil ist und von nachhaltigen Produktalternativen Gebrauch macht. Wir machen deutlich, dass nachhaltiger Konsum, weniger oder „anderer“ Konsum ein Mehr an Lebensqualität, Zufriedenheit und Gesundheit bedeuten kann. Deshalb befördern wir den Dialog darüber, wie ein ressourcenleichtes und gutes Leben aussehen kann, das die ökologische Belastung der natürlichen Lebensgrundlagen möglichst gering hält, das Verfügbare gerecht zu verteilen hilft und den Blick über die Kommune hinaus weitet.

Wir unterstützen die kreativen Ansätze in unseren Kommunen, die einen Mehrwert für alle bieten können. Das stärkt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir begrüßen die bessere und dichtere Vernetzung der Initiativen und Akteure auf lokaler und regionaler Ebene, für die die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) eingesetzt sind. Sie sind wichtige Partner. Die gerade 2019 zum Höhepunkt der Klima- und Nachhaltigkeitsdebatte in Deutschland von den RENN durchgeführten Treffen, Konferenzen und Kampagnen wie „Ziele brauchen Taten“ geben wesentliche Impulse. Ihre Fortführung sollten Bund und Länder auf jeden Fall sicherstellen. Auch private Stiftungen und Projekte wie „Global Nachhaltige Kommune“ liefern wertvolle Beiträge und befruchten unsere Arbeit.



3. Kommunen als Akteure und Partner nachhaltiger Entwicklung stärken und Handlungsspielräume erweitern

Verantwortung ausbauen

Wir kennen die Herausforderungen für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort und wollen unsere Verantwortung und Möglichkeiten noch besser nutzen können. Denn wir stoßen immer wieder auf rechtliche und finanzielle Grenzen. Der Bund und die Länder müssen mehr Vertrauen in die kommunale Kompetenz haben und die Handlungsspielräume kommunaler Nachhaltigkeitspolitik stärken und erweitern.

Wir wollen die kommunalpolitische Verantwortung in der Nachhaltigkeitspolitik ausbauen. Um das Gemeinschaftswerk Nachhaltigkeit und Klimaschutz voranzubringen, müssen die Kommunen auf allen politischen Ebenen stärker als bisher eingebunden werden. Wir fordern Bund und Länder zu einer besseren Abstimmung mit den Kommunen auf, beispielsweise durch die Schaffung strukturierter Dialogprozesse. Für einen Austausch mit dem Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung zum Thema nachhaltige Stadt stehen wir gern zur Verfügung.

Zusammenwirken verbessern

Bereits heute orientieren wir uns an den Nachhaltigkeitszielen der Bundesregierung und Länder. Wir erwarten, dass die Bundesregierung und die Länder ihre Politik stärker als bisher an dieser Richtschnur ausrichten und Defizite der Zielerreichung abstellen sowie neue Ziele und Maßnahmen mit den Kommunen besser abstimmen. Wir regen an, die kommunale Kompetenz und Erfahrung bei der Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategien des Bundes und der Länder zu nutzen und einen engen und abgestimmten Austauschprozess zu entwickeln.



Wir fordern die Bundesregierung auf, umfassend auf die differenzierten Bedürfnisse und Möglichkeiten der Kommunen einzugehen und Ziele sowie Maßnahmen nachhaltiger Siedlungsentwicklung mit den Kommunen abzustimmen. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie 2020 sollte um ein Ziel zur ökologisch und sozial verträglichen Schaffung von Wohnraum ergänzt werden.

Bund und Länder müssen ihre Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bereichen ernsthaft wahrnehmen. Wir fordern Bund und Länder auf, die Förderpolitik und damit verbundene Förderprogramme konsequent an den Zielen nachhaltiger Entwicklung zu orientieren und ihre Wirksamkeit dahingehend zu evaluieren. Wir unterstützen die Empfehlungen des Ausschusses der Regionen, die globalen Nachhaltigkeitsziele zur Grundlage einer langfristigen EU-Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030 zu machen. Insbesondere unterstützen wir die Forderungen, den kohäsionspolitischen Rahmen der EU besser auf die Ziele der Agenda 2030 abzustimmen.³

In der Gestaltung und Transformation der öffentlichen Daseinsvorsorge bestehen zentrale Stellschrauben, nachhaltige Entwicklung entscheidend voranzubringen. Wir fordern Bund und Länder auf, bessere finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen für den notwendigen, langfristigen Umbau unserer Infrastrukturen zu schaffen. Auch im Hinblick auf die Einstellung und Qualifizierung von Personal, das diese Aufgaben übernimmt und den Dialog auf kommunaler Ebene fördert und voranbringt. Wo dies möglich ist, müssen Förderprogramme vereinfacht werden.

Wir gehen in der nachhaltigen Haushaltsplanung mit Nachhaltigkeitshaushalten, nachhaltigen Investitionen und dem Verbot von Investments in nicht nachhaltige Wirtschaftsbereiche voran und fordern von der Bundesregierung in diesem Bereich mehr Engagement und Vorbildwirkung.

³ Europäischer Ausschuss der Regionen: „Die Nachhaltigkeitsziele (SDG): Grundlage einer langfristigen EU-Strategie für ein nachhaltiges Europa bis 2030“, 135. Plenartagung, 26./27. Juni 2019; <https://cor.europa.eu/de/our-work/Pages/OpinionTimeline.aspx?opId=CDR-239-2019>



Wir unterstützen Forderungen, Nachhaltigkeit ins Grundgesetz sowie in die Länderverfassungen aufzunehmen.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit stärken

Wir halten es für unabdingbar, dass sich Kommunen stärker international vernetzen, sich fachlich austauschen und ihre Positionen und Interessen gemeinsam auch auf internationaler Ebene einbringen. Wir setzen uns dafür ein, die kommunale Entwicklungszusammenarbeit rechtlich und finanziell zu stärken, da sie zu den Zielen der Agenda 2030 beiträgt. Im Mittelpunkt stehen die Zusammenarbeit auf Augenhöhe und der Austausch guter, erprobter Beispiele. Wir wollen dabei auch aus unseren Begegnungen mit fernen und nahen Partnern lernen.



Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister für eine nachhaltige Entwicklung

Oberbürgermeister Andreas Bausewein, Erfurt
Oberbürgermeister Andreas Brand, Friedrichshafen
Oberbürgermeister Uli Burchardt, Konstanz
Oberbürgermeister Peter Feldmann, Frankfurt am Main
Oberbürgermeister Peter Gaffert, Wernigerode
Oberbürgermeister Thomas Geisel, Düsseldorf
Oberbürgermeister Christian Geselle, Kassel
Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg
Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück
Oberbürgermeister Klaus Herzog, Aschaffenburg
Oberbürgermeister Martin Horn, Freiburg
Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig
Oberbürgermeister Matthias Knecht, Ludwigsburg
Bürgermeister Thorsten Krüger, Geestland
Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster
Oberbürgermeister Jörg Lutz, Lörrach
Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Lüneburg
Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg



Oberbürgermeisterin Angelika Matt-Heidecker, Kirchheim unter Teck
Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Karlsruhe
Oberbürgermeister Boris Palmer, Tübingen
Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, Ravensburg
Oberbürgermeister Dieter Reiter, München
Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Köln
Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder, Norderstedt
Oberbürgermeister Ullrich Sierau, Dortmund
Oberbürgermeister Ashok Sridharan, Bonn
Oberbürgermeister Andreas Starke, Bamberg
Oberbürgermeister Bernd Tischler, Bottrop
Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde, Delitzsch
Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner, Heidelberg

Impressum

Dritte, vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

Herausgegeben von den am Dialog „Nachhaltige Stadt“ beteiligten
Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern

Oberbürgermeister Andreas Bausewein, Erfurt; Oberbürgermeister Andreas Brand, Friedrichshafen; Oberbürgermeister Uli Burchardt, Konstanz; Oberbürgermeister Peter Feldmann, Frankfurt am Main; Oberbürgermeister Peter Gaffert, Wernigerode; Oberbürgermeister Thomas Geisel, Düsseldorf; Oberbürgermeister Christian Geselle, Kassel; Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, Augsburg; Oberbürgermeister Wolfgang Griesert, Osnabrück; Oberbürgermeister Klaus Herzog, Aschaffenburg; Oberbürgermeister Martin Horn, Freiburg; Oberbürgermeister Burkhard Jung, Leipzig; Oberbürgermeister Matthias Knecht, Ludwigsburg; Bürgermeister Thorsten Krüger, Geestland; Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster; Oberbürgermeister Jörg Lutz, Lörrach; Oberbürgermeister Ulrich Mädege, Lüneburg; Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, Nürnberg; Oberbürgermeisterin Angelika Matt-Heidecker, Kirchheim unter Teck; Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup, Karlsruhe; Oberbürgermeister Boris Palmer, Tübingen; Oberbürgermeister Dr. Daniel Rapp, Ravensburg; Oberbürgermeister Dieter Reiter, München; Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Köln; Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder, Norderstedt; Oberbürgermeister Ullrich Sierau, Dortmund; Oberbürgermeister Ashok Sridharan, Bonn; Oberbürgermeister Andreas Starke, Bamberg; Oberbürgermeister Bernd Tischler, Bottrop; Oberbürgermeister Dr. Manfred Wilde, Delitzsch; Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner, Heidelberg

in deren Auftrag erarbeitet und zusammengestellt von Prof. Dr. Günther Bachmann und Robert Böhnke, Geschäftsstelle des Rates für Nachhaltige Entwicklung

© November 2019 Rat für Nachhaltige Entwicklung Geschäftsstelle c/o GIZ GmbH

Verantwortlich: Robert Böhnke, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

www.nachhaltigkeitsrat.de / info@nachhaltigkeitsrat.de

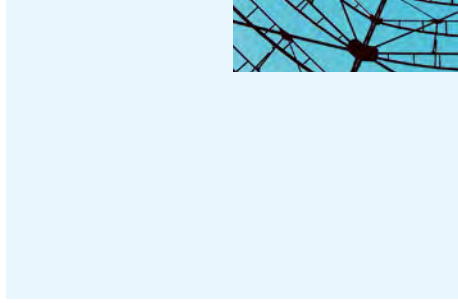
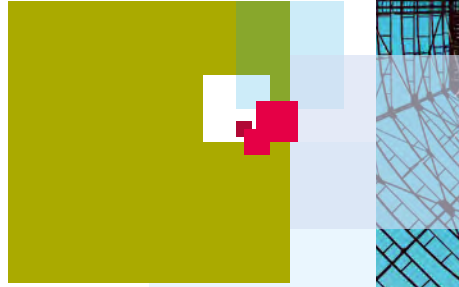
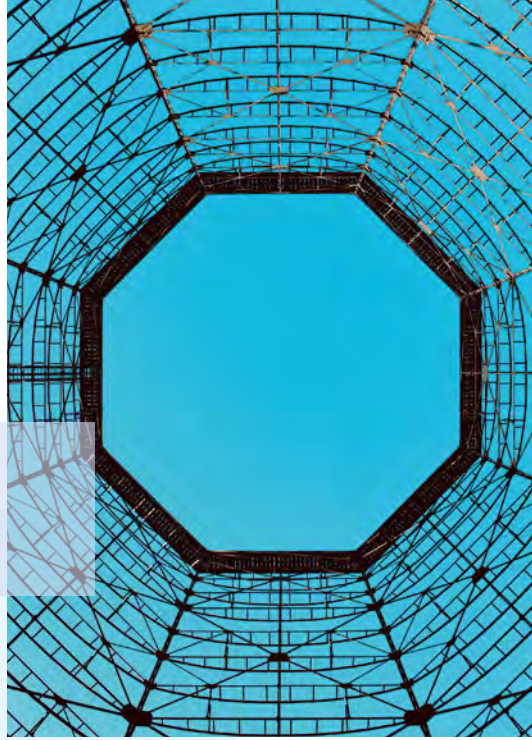
Gestaltung: Bert Odenthal

Lektorat: Scholz & Friends NeuMarkt GmbH

Druck: Schulz & Schulz GmbH, Berlin

Gedruckt auf Envirotop (aus 100 % Altpapier)

Bildnachweise: Titel: seb868/Shutterstock.com; UII: Max Beck/unsplash.com; S.1: Patrick-Robert Doyle/unsplash.com; S.3: Linus Mimietz/unsplash.com; UIII: Christian Mueller/Shutterstock.com; MaximAbramov/unsplash.com; UIV: Adrian Infernus/unsplash.com





WWW.NACHHALTIGKEITSRAT.DE

